

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Mus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wagnerspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Wagnersnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamezeile 25 Goldpf.
zahlung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. | Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 73.

Altensteig, Freitag den 27. März.

Jahrgang 1925

Hierzu eine Beilage.

Reichspräsidentenwahl am Sonntag

Was die Wähler wissen und beachten müssen

Der erste Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten findet am Sonntag, den 29. März 1925, von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt.

Jeder Wähler hat in dem Stimmbezirk zu stimmen, in dem er bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 gewohnt hat. Hat er inzwischen die Wohnung gewechselt, so kann er gegebenenfalls die Ausstellung eines Stimmzeichens für den Stimmbezirk der neuen Wohnung beantragen.

Abstimmen kann nur, wer in eine Stimmliste eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Die Ausstellung von Stimmzetteln (§ 9 der Reichsstimmordnung) muß spätestens Freitag, den 27. März 1925, abends 6 Uhr, beantragt sein (§ 8 der Reichsstimmordnung).

Bei der Wahl ist ein amtlich hergestellter Stimmzettel zu benutzen, der dem Wähler gleichzeitig mit einem amtlich abgestempelten Umschlag im Wahllokal ausgehändigt wird.

Der Stimmzettel enthält alle vom Reichswahlleiter zugelassenen Wahlvorschlüge. Der Wähler hat durch ein Kreuz oder durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Anwärter zu bezeichnen, dem er seine Stimme geben will, kann den Namen der Person, der er seine Stimme geben will, auf den amtlichen Stimmzettel in das hierzu freigelassene Feld schreiben. Stimmzettel, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind ungültig.

Reichswehrminister Dr. Gessler für die Kandidatur Hellpach

Stuttgart, 26. März.

In einer nachdrücklichen Kundgebung für die Reichspräsidentenkandidatur des badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach erklärte sich die Versammlung, die die Deutschdemokratische Partei in die Stadtgartenstraße einberufen hatte. Der Antrag war unangefochten und unangefochten keine Stimmen mehr bekommen. Als Reichswehrminister Dr. Gessler, den die Deutschdemokratische Partei für diesen Abend genannt hatte, am Rednerpult erschien, dankte ihm begeistert Beifall entgegen. Nach Dankworten für diese herzliche Begrüßung kennzeichnete der Reichswehrminister die große Schwierigkeit der Aufgaben, die der Reichspräsident zu erfüllen hat. Mit höherem Maß die Fäden in der Hand halten, so daß die Geschäfte des Reichs keinen Schaden erleiden, müsse der Reichspräsident. Eine ungeheure schwierige Aufgabe! Diese wunderbaren Eigenschaften des Weistes und des Tates, die zur erfolgreichen Führung der Reichspräsidentenschaft erforderlich sind, habe Friedrich Ebert in hervorragendem Maße besessen. Hätte man dem Lebenden Reichspräsidenten auch nur einen Teil jener Anerkennung dargebracht, die man, auch in Kreisen, wo man ihn sonst belächelte, nach seinem Tode gesollt hat, — so wäre das Leben des verstorbenen Reichspräsidenten gewiß weniger glänzend gewesen, als es in den letzten fünf Jahren gewesen ist. (Starker Beifall.)

Der Reichspräsident, dessen Wahl bevorsteht, muß sein ein Gott des deutschen Einheitsgedankens. Es kommt darauf an, daß der Reichspräsident mit Klugheit und Bedacht verfährt, daß das deutsche Volk durch den Parteihaß der Schäden erleidet. Das erfordert ein hohes Maß von Selbstlosigkeit und Charakterstärke. Im Sinne einer Zusammenfassung aller Volksteile muß der Reichspräsident wirken. Zum Lobe der Demokratie darf ich sagen, daß sie stets in diesem Sinne gearbeitet hat. (Starker Beifall.) Die Arbeit der Demokratie war immer getragen von dem gemeinsamen Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft. In diesem Sinne haben wir unsere Führer erzogen. Das hat uns in Wogenab gebracht zu den Parteien rechts und links. Die Parteien rechts von uns sind nicht losgelassen von der Vergangenheit und den Parteien der Linken fehlt vielfach das Verständnis für die hohen Werte, die auch in der Vergangenheit liegen. Es wäre falsch, die Vergangenheit irgendwie verleugnen zu wollen, aber wir wissen, daß unser nationales Leben verknüpft ist mit der Zukunft. In diesem Sinne muß sich der Reichspräsident auf seinen Präsidentenposten stellen. Er darf keine Vorbehalte machen. Er muß sich loyal auf den Boden des lebenden Staates stellen. (Starker Beifall.) Er darf sich nicht zweideutig machen. (Stimmlicher Beifall.) Von seinem obersten Führer muß sich das deutsche Volk jede Zweideutigkeit verbitten. (Wiederholter Beifall.)

Der große schöpferische Wert, den unser Volk braucht, lebt noch aus. Es sind nicht die Demokraten, die die Grenzen im Westen garantieren. (Sehr richtig!) Und wäre es da nicht möglich, die Grenzen zu garantieren? (Zustimmung.) Jetzt erkennen auch die andern, daß man nicht dem Volk trotzen muß, wenn es gilt, den rechten Weg fürs Vaterland zu gehen. Vielleicht wäre dieser Weg denjenigen, die ihn jetzt gehen müssen, leichter geworden, wenn sie früher nicht etwas anders versprochen hätten. (Wiederholter Beifall.) Die Lösung wird da eine Lösung gefunden werden müssen, die uns in nationaler Hinsicht aufs Beste trifft. Aber es ist kein anderer Weg möglich, um zu einer Lockerung unserer Fesseln zu kommen. Wenn wir so die Aufgabe ins Auge fassen, die das Reichspräsidenten hat, so haben wir ein moralisches Recht, für unsere

Kandidaten zu werden, weil er durch die Politik, die wir, die Demokraten, getrieben, die Gewähr bietet, daß er in der Richtung eines zielbewußten Aufbaus arbeiten wird. (Beifall.)

Wir haben Ihnen unsern besten Mann herausgestellt, einen Mann, zu dem wir unbegrenztes Vertrauen haben. (Stimmlicher Beifall.) Einen Mann, der befähigt ist, Brücken zu schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Unser Hellpach ist ein Mann der besten Qualitäten, ein moderner Mann, der sich das Studium der Volkseele zum Lebensstudium gewählt und mit beiden Füßen im Leben steht. Und er besitzt vielleicht auch die Gabe, in seinem Amt glücklicher und fröhlicher zu sein, als sein Vorgänger, und vielleicht ist es ihm beschieden, das deutsche Volk wieder glücklich und froh zu machen. Das ist das große Ziel der deutschen Demokratie! (Wiederholter Beifall. Immer wieder einsehender Beifall.)

Der Hagenschieß-Prozess

Karlsruhe, 25. März. Im sogenannten Hagenschieß-Prozess, der im Zusammenhang steht mit der Liquidation der Siedlungs- und Landbank wurden nach dreiwöchentlicher Verhandlung die beiden letzten Tage (Dienstag und Mittwoch) durch die Plaidoyers ausgefüllt. Der Staatsanwalt stellte folgende Anträge: Gegen den früheren Geschäftsführer H a g e n e wegen Bestechung 2 Jahre Gefängnis, 10 000 Mark Geldstrafe, wegen Untreue 3 Monate Gefängnis, wegen Verleitung zum Meineid 1 Jahr Zuchthaus, gegen den Prokuristen G r i e g e r wegen Bestechung 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, 3000 M Geldstrafe, gegen den Angeklagten W a r t e n b e r g e r wegen Bestechung 1 Monat Gefängnis, gegen den Ingenieur S o n n e f, dem Bestechung, Untreue, unerlaubter Handel und Preistreiberei vorgeworfen wird, 3 1/2 Jahre Gefängnis, 70 000 M Geldstrafe und Eingehung des übermäßigen Gewinnes, gegen den Ingenieur D e r e t wegen Bestechung 3 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, sowie bei den in Frage kommenden Angeklagten Verfallserklärung der empfangenen Bestechungsgelder, endlich gegen den Kaufmann und Landtagsabgeordneten M a e r wegen Begünstigung 1 Monat Gefängnis. Die Verteidiger beantragten für ihre sämtlichen Klienten Freisprechung. — Das Urteil wird am Samstag vormittag 9 1/2 Uhr verkündet.

Neues vom Tage

Nationalsozialistische Anfechtung der Reichspräsidentenwahl

Der „Kölnische Kurier“ schreibt, daß von nationalsozialistischer Seite die Reichspräsidentenwahl angefochten werden würde, weil die 4 für heute angefochten nationalsozialistischen Versammlungen von der bayerischen Regierung verboten worden seien. Der Einberufer der Versammlungen, Dr. F r i e d, habe Beschwerde beim Reichsinnenminister eingelegt.

Englische Stimmen zu den deutschen Vorschlägen

London, 26. März. „Daily News“ schreibt in einem Artikel: Die Bedeutung der deutschen Vorschläge könne nicht geleugnet werden. Es sei ein wirklich begrüßenswerter Fortschritt, daß Deutschland bereit sei, den status quo im Westen anzunehmen. Der besondere Wert der Vorschläge liege in dem neuen Geist, den er in Europa erzeugen könne. Es müßte jedoch abzuwarten, wie Frankreich sich aufnehmen werde. — In der „Morningpost“ heißt es, Deutschland habe die Invasion in Belgien vergessen, Frankreich aber nicht. Daher müßten die deutschen Staatsmänner alles tun, um das Wort Deutschlands im Auslande wieder zu Ansehen zu bringen. Lutjeh und Stresemann, die die deutsche Klischee zu großer Staatskunst zeigten, trachteten, Deutschlands guten Namen wieder herzustellen.

In der „Daily Mail“ wird erklärt, anscheinend beabsichtigten die Alliierten einschließlich der französischen Regierung in den gleichen Ausdrücken, wie die britische Regierung zu antworten, sobald die deutschen Vorschläge einer sorgfältigen Prüfung fähig seien.

In der „Daily Chronicle“ steht: Der Hauptanwand gegen das Genfer Protokoll ist, daß Mac Donald von den Franzosen gepörrt wurde, und daß das in dem Protokoll vorgesehene Schiedsverfahren eine List war, um die Mängel des Versailles Vertrages zu decken.

Die Frage der Abrüstungskonferenz

Washington, 26. März. Präsident Coolidge beriet mit Senator Borah und dem auswärtigen Ausschuss des Senates über die Möglichkeit einer Abrüstungskonferenz. Senator Borah erklärte, er zweifle, daß die augenblickliche Lage in Europa ihrem Erfolge förderlich sein werde.

Der Aufwertungsentwurf der Regierung

Berlin, 26. März. Die Reichsregierung hat den Gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Aufwertungsgesetzes zugeleitet. Danach werden Hypotheken, Grundschulden, Realakten, sowie hypothekarisch gesicherte Forderungen von 15 auf 25 Prozent erhöht, wenn die genannten Rechte zur Zeit des Erwerbes innerhalb der ersten Hälfte des Beitragswertes des belasteten Grundstückes liegen. Der Aufwertungsbetrag soll vom 1. Jan. 1925 mit 2 Prozent, vom 1. April 1925 mit 4 Prozent und vom 1. Januar 1926 ab mit 5 Prozent verzinst werden und die Verzinsung der Zuzuführung am 1. Januar 1928 mit 5 v. H. beginnen.

In dem Entwurf eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen ist eine endgültige und einheitliche Regelung aller Markanleihen des Reiches, der Länder und der Gemeinden vorgesehen. Die Markanleihen des Reiches sollen mit Ausnahme der Zwangsanleihe in eine Anleiheablosungsschuld des Deutschen Reiches umgewandelt werden, wobei bei den Vorkriegs- und Kriegsanleihen 5 v. H., bei der Sparprämienanleihe 2,5 v. H. des Nennbetrages dem Umtauschverhältnis zugrunde zu legen sind.

Die Anleiheablosungsschuld im allgemeinen ist bis zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen unverzinslich und nicht tilgbar. Abweichend davon sollen die Anleihealtbesitzer, denen die Inhaber von mündelsicheren Anleihen gleichgestellt sind und die seit dem 1. Juli 1920 ihre Anleihen ununterbrochen besitzen, die Anleiheablosungsschuld mit 5 Prozent jährlich in Form einer selbständigen Rente verzinst erhalten. 25 Millionen der Anleiheablosungsschuld werden jährlich zum Nennbetrage getilgt und weitere 25 Millionen für Prämien bis zum Vierfachen des Nennbetrages der ausgelassenen Anleihestücke verwendet.

Die bedürftigen Altbesitzer erhalten eine jährliche Rente von 2 Prozent ihrer alten Markanleihen. Darüber hinaus soll ein einmaliger Betrag für eine größere Versorgung den Bedürftigen mit einem Kriegsanleihealtbesitz von weniger als tausend Mark zur Verfügung gestellt werden.

Zur Preuenkrisis

Berlin, 26. März. Im händigen Ausschuss des preussischen Landtages, der am Donnerstag vormittag zur Beratung insbesondere der von der Regierung eingebrachten Verordnung über die Grundsteuer und die Gewerbesteuer zusammentrat, gab der Redner der deutschnationalen Fraktion die Erklärung ab, daß die deutschnationale Fraktion das Zusammentreten des händigen Ausschusses zur Verabschiedung der Notverordnung für verfassungswidrig halte und für den Fall, daß diese Verordnungen trotzdem erlassen werden sollten, die Gültigkeit derselben beim Staatsgerichtshof anfechten werde. Ein Antrag der Opposition, die Verhandlungen auf morgen zu vertagen, da dann der Ministerpräsident in Berlin anwesend sei, sowie der weitere Antrag, die Verhandlungen des händigen Ausschusses nicht stattfinden zu lassen, wurden abgelehnt.

Balfour in Jerusalem

London, 26. März. „Daily Mail“ berichtet aus Jerusalem, daß der Generalkonsul in ganz Palästina in vollen Gange sei. Die arabischen Zeitungen erscheinen mit Trauerstand. Reuter meldet aus Jerusalem, daß Balfours gestriger Besuch in Jerusalem ohne Zwischenfall verlaufen ist. Die Volksmenge versammelte sich in Moscheen. Polizei und berittene Gendarmerie patrouillierten in den Straßen. Es fehlte jedoch jede Spannung.

Deutsche Sachlieferungen

Paris, 26. März. Die Reparationskommission erteilte ihre Genehmigung zur Erteilung des Auftrags von 1300 Eisenbahnwaggons an 2 deutsche Firmen, die an die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn auf Reparationskonto geliefert werden sollen. Die Lieferung von 1800 Waggons wurde den Gosel-Werken in Newid und von 1500 Waggons der Bahnbetriebs A.G. in Darmstadt übertragen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 26. März. Wie die „Information“ mitteilt, versichert man, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen so normal wie möglich ihren Fortgang nehmen. Die Unterkommissionen sehten die Prüfung der Tarife fort. Es wird wahrscheinlich bald eine Vollziehung stattfinden können. Gestern vormittag haben übrigens 2 Vertreter der deutschen eisenfördernden Industrie, Frh. Thussen und Direktor Bruhn, ihre erste Unterredung mit den Vertretern der französischen Schwerindustrie gehabt.

Aus Stadt und Land.

Montag, 27. März 1925.

Wahlversammlung für Dr. Jarres. Auf gestern abend hatte der Reichsblock für Dr. Jarres zu einer öffentlichen Versammlung in den Grünbaumaal in Altensteig eingeladen und hierfür als Redner Dr. Haller-Ludwigsburg gewonnen, der von früheren Vorträgen hier bekannt ist. Fabrikant Zimmermann eröffnete als Vorsitzender des hiesigen Wohlausschusses für den Reichsblock die Versammlung, dankte für das zahlreiche Erscheinen zu derselben u. wies auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl und auf die Aufstellung des überparteilichen Kandidaten Dr. Jarres hin. Hierauf ergriff Dr. Haller aus Ludwigsburg das Wort. Er betonte in seiner Einleitung, daß er heute nicht als Deutschnationaler spreche, sondern für den Reichsblock, in welchem sich die verschiedenen Parteien zur Reichspräsidentenwahl zusammengeschlossen haben. Man habe 6 Jahre lang einen Reichspräsidenten gehabt, der nicht verfassungsmäßig gewählt worden sei. Nun finde die verfassungsmäßige Wahl zum erstenmal statt. Der Redner warf dann einen Blick auf die politische Lage, die außenpolitisch sehr ernst sei. Er wies dabei auf die ungeheuren Lasten hin, die Deutschland von den Siegerstaaten auferlegt sind, auf die Nichträumung der Kölner Zone und des Ruhrgebiets und auf die wichtigen Vorwände unserer Gegner. Die Verständigung bei der Londoner Konferenz sei nur eine Scheinbare, man trete nach wie vor auf uns herum, von einer Gleichberechtigung Deutschlands sehe man keine Spur! Jetzt werde eine neue Verständigung gesucht, bei welcher wiederum Deutschland verzichten solle, für immer verzichten auf die von Deutschland durch den Versailler Vertrag genommenen Gebiete. Damit könne keine Partei, die Deutschnationale, nie einverstanden sein. Deutschland wolle die Grenzen nicht mit dem Schwert, sondern auf diplomatischem Wege wieder ändern. Der Redner wies dann auf die mannigfachen Schwierigkeiten und Nachteile Deutschlands, hinsichtlich des deutsch-spanischen Handelsvertrags, des deutsch-griechischen Handelsvertrags etc. hin und darauf, daß eine neue Inflation kommen müsse, wenn der Außenhandel für uns nicht besser werde, als er z. B. ist. In der inneren Politik wies der Redner auf den in Deutschland führenden Staat Preußen und seine chron. Regierungskrise hin, die eine so große Unsicherheit im ganzen politischen Leben Deutschlands hervorruft. Nun solle an die Spitze des Reiches ein neuer Präsident gewählt werden. Der Reichspräsident habe eine außerordentlich wichtige Stellung. Die Verfassung gebe ihm etwa dasselbe Recht, wie es der deutsche Kaiser gehabt habe, mehr Recht als die meisten Souveräne Europas. Nur ein Nachbater, der Präsident der Ver. Staaten von Amerika, habe größere Rechte. Man werde verstehen, wenn sich am Sonntag jeder einzelne sage: Diesmal muß ich wählen! Wen soll man aber wählen? Den Vertreter der Kommunisten, Thalmann, der nur als Zählkandidat angesehen werden könne? Dr. Held, die reise Parteilandidatur von der Bayer. Volkspartei? Den Kandidaten Lubendorff, der ebenfalls nur ein Zählkandidat sei? Den Demokraten Dr. Hellpach, dessen Kandidatur auch nicht mehr als eine Zählkandidatur sei? Ein ernster Kandidat sei Dr. Marx vom Zentrum. Er habe aber den Befähigungsnachweis zu einem Reichspräsidenten nicht erbracht. Noch ernster sei die Kandidatur Braun von der Sozialdemokratie. Es werde also am Sonntag hauptsächlich der Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt werden. Der ernsteste Kandidat sei Dr. Jarres. Er müsse aber, wolle er durchdringen, am Sonntag mehr als 50 Proz. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, sonst komme es zu einer zweiten Wahl. Es solle, und es müsse gelingen, daß er aus der ersten Wahl als Sieger hervorgehe. Der Redner schildert dann den Lebensgang von Dr. Jarres, wies darauf hin, daß er evangelisch sei, aber jeden Glauben achte. Wie er, so sei auch seine Frau ev

und eine gute Deutsche. Er sei der erste Märtyrer Deutschlands beim Einbruch der Franzosen, sei durch sein deutsches und männliches Auftreten wiederholt zu Gefängnisstrafen verurteilt worden und nach der Abkündigung der Gefängnisstrafe des Landes verwiesen worden. Durch List zurückgekehrt, wurde er wiederholt ausgewiesen. Er habe in Duisburg das volle Vertrauen als Oberbürgermeister genossen. An seine Person könne niemand heran, er habe keinen Makel. Der größte Feind könne ihm persönlich nichts nachsagen. Man versuche es auf der gegnerischen Seite deshalb politisch und werfe ihm mit vollem Unrecht die sog. Versäufungspolitik vor. Auch die Einführung des 9-Stundentags für die Reichsbeamten in der Zeit seiner Tätigkeit als Reichsminister. Man könne ihm aber diese Sparmaßnahme nicht übel nehmen, denn der Reichsbeamte habe doch die erste Pflicht Opfer zu bringen. Es sei gänzlich unwahr, wenn man sage, er habe auch seinerzeit für die Arbeiter den 9-Stundentag einführen wollen. Von den Demokraten werde jetzt gesagt, bei der Wahl handle es sich um Monarchie oder Republik. Diese Frage komme aber dabei nicht in Betracht. So werde auch gesagt: Jarres wolle den Krieg. Das sei nur Stimmentang. Der Krieg hänge vom deutschen Volk nicht ab; es werde keinen Krieg anfangen. Aber freilich könne man ihm einmal wieder einen Krieg aufzwingen. Schon Bismarck habe gesagt, die Weltgeschichte werde durch das Schwert gemacht. Das zeige übrigens Frankreich und die ganze Weltgeschichte. Um das alles handele es sich jetzt aber nicht und scheide vollständig aus. Von den Gegnern werde die Reaktion an die Wand gemalt. Wir wollen, so führt der Redner aus, allerdings das Gute wiederherstellen, aber nicht das Veraltete. Was gut sei aus der Vergangenheit, das halten wir heute noch hoch. Ein Barmat-Standal wäre z. B. bei der alten Regierung nicht möglich gewesen, wie unter dem Reichskanzler Bauer. Dieser Standal zeige, wie tief das deutsche Volk gesunken sei. Die Wahl Jarres bedeute keine Arbeiterfeindschaft. Jarres sei bei seiner Zurückkunft auf seinen Posten nach Duisburg auch von den Arbeitern mit Jubel aufgenommen worden. Er habe als Oberbürgermeister von Duisburg mit seinen vielen Arbeitern ein Einblick in die Lage und Bedürfnisse der Arbeiter bekommen. Jarres sei nicht etwa Mitglied der Deutschnationalen Partei und nicht der Kandidat der Deutschen Volkspartei, sondern Vertreter aller Parteien und Vereinigungen, welche sich im Reichsblock zusammengelassen haben. Alle anderen Kandidaten seien dagegen Parteikandidaten. Dr. Jarres aber sei überparteilich. Er wolle die Einigung des Volkes auf christlicher und nationaler Grundlage. Durch den Nammunionismus sei das deutsche Volk so heruntergekommen. Wenn es nicht wieder heraufkomme, dann werde es wieder Barmat-Standale geben. Nur auf christlicher Grundlage stehend, komme es wieder in die Höhe. Es müsse ein Mann an der Spitze stehen, der die Verantwortung habe für ein christl. Volk. Jarres habe auch soziales Verständnis und sei kein Geldpolitikler. Er habe ein Herz für die Arbeiter, für den Mittelstand und für die Landwirtschaft. In Versammlungen wolle alles national sein, nicht die Kommunisten nicht. National sein, heiße den deutschen Standpunkt würdig vertreten. Der Franzose wolle keine Weltverbrüderung und -Versöhnung. Der Redner zeigte dann, was bei Einbeziehung Deutschlands in den Völkerverbund alles in Kauf genommen werden solle und die großen drohenden Gefahren, die damit verbunden sind. Auch die Kriegsschuldlage müsse dabei anerkannt werden, obwohl alle Welt wisse, daß Poincaré und Tscholowski den Krieg hervorgerufen haben. Leider nehme die deutsche Regierung bezüglich der Kriegsschuldlage keine entschiedene Stellung ein. Die Kriegsschuldlage müsse wieder in die Hand genommen werden. Freilich müsse man dabei besonnen vorgehen. Wir seien Frankreich gegenüber wehrlos, aber man könne trotzdem würdig sein. Auch im Leben müsse ein Volk Mut haben und könne wie Luther sagen: „Ich kann nicht anders“. Die Sozialdemokratie habe

nun 6 Jahre den Präsidenten gestellt und er glaube, es dürfe nun auch ein anderer als ein Sozialdemokrat Reichspräsident sein. Am kommenden Sonntag müsse Jedermann seine Pflicht tun, es handle sich dabei um die Sache jedes Einzelnen. Wenn Jedermann am Sonntag seiner Verpflichtung nachkomme, dann könne Jarres am Sonntag den Sieg davontragen. Mit der Aufforderung Jarres seine Stimme zu geben, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Von der Diskussionsgelegenheit wurde fast kein Gebrauch gemacht und so schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Danke an den Redner und der Aufforderung Jarres am Sonntag die Stimme zu geben und dafür zu sorgen, daß auch die Angehörigen wählen.

Mit Stanek im dunkelsten Afrika. Diesen interessanten Film bringen am Sonntag die Löwenlichtspiele in Nagold in ihrem Programm. Außerst interessante Bilder ziehen am Auge der Besucher vorüber: Sklavenhandel, Urmaldröden, Menschenjagd, die Todesangst der Gefangenen, die Wüstengafahren und die letzte Episode: Durch Nacht zum Licht. Daß dieser Film trotz seiner spannenden Handlung etwas Einwandfreies und Gutes ist geht schon daraus hervor, daß ihn auch die Schwäb. Bilderbühne in ihrem Programm bringt! Ein Besuch wird sich lohnen!

Aufhebung des Steuerfluchtgesetzes. Nach Aufhebung des Steuerfluchtgesetzes vom 25. Juli 1918 ergibt sich zunächst, daß die steuerlichen Unbedenklichkeitsvermerke der Finanzämter, die bis zum 1. Januar ds. Js. für die Ausreise aus dem Reichsgebiet erforderlich waren, in Fortfall kommen. Durch eine besondere Verordnung vom 22. Dez. 1924 ist infolgedessen auch der deutsche polizeiliche Sichtvermerkszwang für Reichsangehörige aufgehoben, so daß Deutsche nunmehr jederzeit lediglich auf Grund ihres Passes in das Ausland reisen können. Zur Einreise in den fremden Staat ist lediglich nach wie vor die Einreiseerlaubnis des betreffenden Staates erforderlich.

Auswanderer, Vorsicht, vor den eigenen Landsleuten! „Die gefährlichsten Ausbeuter deutscher Auswanderer sind erfahrungsgemäß die eigenen Landsleute“, so wird neuerdings dem Deutschen Ausland-Institut aus Südrhönien geschrieben. Alle diejenigen, welche aus Auswanderern denken, sollten sich dieses Wort zur Warnung dienen lassen. Schon während der Ueberfahrt kann allzu großes Vertrauen gegenüber Personen, die die gleiche Sprache sprechen, für den Auswanderer verhängnisvoll werden. Nur gar zu häufig lassen sich Auswanderer von ihren ursprünglichen Plänen durch Versprechungen solcher Landsleute, von denen meist 80 Prozent als Lügner anzusehen sind, abbringen, ohne die Sachverhältnisse und gemeinnützig arbeitenden Beratungsstellen mit zu Rate zu ziehen. Die Auswanderer tun gut, stets daran zu denken, daß Bauernfänger und andere Schwindler häufig zwischen den Erdteilen hin- und herfahren, lediglich in der Absicht, ihr gewissenloses Gewerbe auszuüben und aus der Unerschaffenheit deutscher Auswanderer Kapital zu schlagen. Manche suchen schon aus dem Rechte freie Einfuhr des Auswanderergutes hohen Nutzen zu ziehen. Im Interesse der Auswanderer muß vor solchen überaus hilfswilligen Personen, die sich den Auswanderern und Auswanderungsstellen aufdrängen, dringend gewarnt werden.

Stuttgart, 25. März. (Disziplinart.) Amtsrichter Konstantin Wieland in Ulm stand vor dem Disziplinart Hof, in dem Oberlandesgerichtspräsident Mandry den Vorsitz führte, während Generalstaatsanwalt Ködler die Anklage vertrat. Bekanntlich war Wieland früher einmal katholischer Geistlicher, trat dann aber in den Justizdienst zurück und hielt dabei Vorträge über Einrichtungen der katholischen Religion, die in den Kreisen der Katholiken schwer verkehrt wirkten und großen Unmut hervorriefen. Die Anklage wirft ihm vor, daß er der Achtung nicht mehr würdig erscheine, die sein Richterberuf erfordert. Wieland verteidigte sich mit dem Recht der freien Meinungsäußerung und erklärte, er habe mit seinen Äußerungen über die Obrenbeichte nur

Ingeborg.

Roman von Dr. Lehne.

Urbildung durch Stuttgarter Romanzentrale
G. Adersmann, Stuttgart.

16.

Von jenem Abend an beobachtete die Baronin den Sohn heimlich, studierte sein Gesicht, seine Stimmung auf das engste. Sie war nur froh und ruhig, wenn sie ihn in ihrer unmittelbaren Nähe hatte.

Mit feinem Worte war sie auf jenen Weihnachtsabend zurückgekommen, und doch beschäftigte sie sich unaufhörlich damit. Und ein Gedanke begann allmählich in ihr aufzusteigen, der immer festere Gestalt annahm, je mehr sie Dietrich betrachtete. Wenn er, in Sinnen verloren, nicht hörte, was sie sagte, wenn manchmal ein leises, jetzt so seltsames Lächeln über sein Gesicht huschte, dann wußte sie genau: seine Gedanken sind bei Ingeborg!

Da Dietrich durch nichts Ablenkung fand in seinem einsiedlerischen Leben — er hatte eine fast krankhafte Abneigung, Menschen zu sehen — fand er Zeit und Ruhe genug, sich förmlich in seinen Schmerz hineinzuwühlen, das konnte nicht lange mehr so weiter gehen, ohne daß seine seelische Gesundheit ernstlich darunter litt und da feierte die Mutterliebe der Baronin einen schönen Sieg über ihren Stolz!

In einer langen, schlaflosen Nacht hatte sie den Entschluß gefaßt, Ingeborg aufzusuchen, da nach dem, was vorgefallen war, eine schriftliche Annäherung nicht genügte. Wie ihr ihre Wahl, wenn sie sich den Sohn erhalten wollte, wenngleich das der schwerste Gang in ihrem Leben werden würde! Dietrich durfte allerdings von ihrem Vorhaben nichts ahnen. In seinem jetzt kronhaft ausgebildeten Partgefühl würde er sie nur zurückgehalten haben!

Unter irgend einem leichtgültigen Vorwand reiste sie ab; sie habe Einkäufe zu besorgen, und wollte sich dabei mit ihrer Schwester Blettenbach treffen. Mit einem bedeutungsvollen Händedruck und Blick verabschiedete sie sich von ihm. Er verstand sie wohl: um sie zu beruhigen, nickte er ihr begütigend zu und bat sie, ihm einige Bücher mitzubringen.

Die Baronin wußte wohl, wo „Inge Roland“ zu finden war; mehr als einmal hatte sie von der „begrabenen Künstlerin“ gelesen und ihr Bildnis in Zeitschriften gesehen!

„Nicht zu Hause, auf drei Tage verreist nach B.“ — Das war der Bescheid, den sie bekommen, als sie schweren Herzens vor Inges Wohnungstür gestanden.

Fast wie ein erleichtertes Aufatmen hob sich da ihre Brust — sollte sie das als Fügung betrachten und umkehren? — Beinahe war sie geneigt, es zu tun. Aber da stand das Bild des Sohnes vor ihr, aus dessen unruhig flackernden Augen sie die unbezwingliche Liebe zu Ingeborg herausgelesen hatte und wieder siegte die Mutterliebe über alle ihre Bedenken!

Mit der ihr eigenen, schnellen Entschließung suchte sie die junge Künstlerin im Elternhause auf. Vielleicht war es ganz gut, sie inmitten ihrer Familie zu finden. Da hatte sie die beste Gelegenheit, sich über diese ein Urteil zu bilden.

Sie konnte sicher annehmen, daß Ingeborg ihr auf halbem Wege entgegenkommen würde; sie rechnete mit deren vornehmen Charakter — und mit deren Liebe!

Was war denn all das Schwere, das nur ihren Stolz betraf, gegen den Schmerz, den sie schon um den Sohn erlitten und gegen die Aussicht, ihn dem Leben zurückzugewinnen! —

Sie stand vor dem Pfarrhause. Der Name an der Tür: „Alexander Ellguth“ berührte sie eigentümlich — wie in Klug aus längst vergangenen Tagen — viele Erinnerungen knüpften sich daran, und besonders eine — aber es war ja töricht, jetzt daran zu denken —

Schritt schlug die Klingel an, die sie endlich zaghaft gezogen.

Das Mädchen, das ihr öffnete, gab ihr auf die Frage nach Fräulein Ellguth den Bescheid, daß diese mit der Frau Pfarrer ausgegangen sei, aber jeden Augenblick zurückkommen müsse. Während das Mädchen das sagte, hatte es schon eine Tür geöffnet, und dann in das Zimmer gesprochen:

„Derr Pastor, da ist eine Dame, die das Fräulein sprechen möchte!“

„So lassen Sie die Dame doch eintreten“, hörte die Baronin in einer ihr seltsam bekannt scheinenden Stimme antworten, und als sie jetzt die Gestalt des Geistlichen im Rahmen der Tür ansichtig wurde, griff sie unwillkürlich nach ihrem Herzen — mein Gott, wie war das denn möglich, das war er doch, der Jugendfreund — dessen mißwachsene Erscheinung mußte man wohl im Gedächtnis behalten!

Sie erinnerte sich auch noch seiner Stimme ganz genau, als er sie jetzt aufforderte, näher zu treten und seine Tochter zu erwarten.

Frau v. Steinock mußte ihre ganze Selbstbeherrschung zusammennehmen, um sich nicht zu verraten! Vielleicht — hoffentlich erkannte er sie gar nicht mehr, denn dreißig Jahre sind eine lange Zeit, die wohl ihre Spuren am Menschen zurückläßt!

(Fortsetzung folgt.)

Frauen!

Es gibt im Deutschen Reich nur einen Mann, der vom gesamten Rheinland „Das Gewissen der Rheinlande“ genannt wird. Das ist Oberbürgermeister

Dr. Karl Jarres!

Das deutsche Volk braucht einen Führer von lauterer Gesinnung und unerschütterlichem Mannesmut. Dieser Mann ist

Er werde das „Gewissen des ganzen Vaterlandes“,
darum werben alle Frauen nur für

Karl Jarres!

(Nummer 4 des Wahlzettels.)

Von heute ab stehen



erstklassige, rheinisch
belgische

Pferde

ein paar erstklassige

Massepferde

sowie zwei Original belgische

Zuchtstuten

eine mit Fohlen und eine hochträchtig,

5 und 6jährig,

zum Verkauf, wozu Liebhaber einladet

Johs. Schrägle, Pferdehandlung,
Tumlingen O.A. Freudenstadt.



Sindenburg

ruft:

Wählt Jarres!

Wer kann da zu Hause bleiben?

Ziehung 1. Klasse 17. u. 18. April
Pr.-Südd. Klassen-Lotterie
195000 Gewinne mit über Mark

38,000,000
2,000,000
1,000,000
500,000
500,000
300,000

Lospreis: 1 Doppel-Los
2.- 4.- 12.- 24.- 48.- pro Klasse
12.- 20.- 60.- 120.- 240.- für alle Klassen
Porto extra, empfohlen

Tetzer Württemb. Lotterien-
Einnahme STUTTGART
Friedrichstraße 36
Postfachkonto Stuttgart 2300

Poppeltal.
Todes-Anzeige.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es ge-
fallen, unseren lieben Sohn, Bruder und Schwager

Gottlob Wurster

Schreiner

von seinem langen, schweren Leiden im Alter von
20 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefem Schmerz:

die Eltern: Adam Wurster u. Frau
Agathe geb. Groß.

die Brüder: Karl Wurster mit Frau
Christian Wurster.

Beerdigung Samstag Nachmittag 2 Uhr.

Pfalzgrafenweiler.

Die im Reichsblock vereinigten Parteien

veranstalten am Samstag, den 28. d. M.,
abends 7 1/2 Uhr im Schwanensaal in
Pfalzgrafenweiler eine

Bersammlung

zu der alle nationalgesinnten Frauen und Männer
gezielmäßig eingeladen werden.

Als Redner sind gewonnen:

Dr. Dornbach-Stuttgart
Bauernanwalt Walter-Calw.

Pfalzgrafenweiler.

Am Sonntag, den 29. März

große Hundebörse
im „Engel“



Keines der vielen Programme,
sondern einen **Charakter,**

Keine der vielen Parteien,
sondern einen **deutschen Mann**

gilt es zu wählen. Deshalb **Jarres!**

Die Wahl der Wahlen

ist die zum Reichspräsidenten. Kein Deutscher
fehlt. Kandidat der Deutschen ist

Dr. Karl Jarres.

Der einzige überparteiliche Bewerber.